


Sitzungsniederschrift
des Amtsausschusses Selent/Schlesen

vom 25.09.2014 in der „Alten Schule“, Lilienthal

Beginn: 19.00 Uhr - Ende: 22.15 Uhr

Für diese Sitzung enthalten die Seiten 1 bis 5 Verhandlungsniederschriften und Beschlüsse mit den
fd. Nummern 1 bis 10 (i.W. zum)


.....
Unterschrift

Anwesend:

a) stimmberechtigt

Amtsvorsteherin Ulrike Raabe
(als Vorsitzende)

Bürgermeisterin Gabriele Kalinka
Bürgermeister Sönke Voss
Bürgermeister Bernd Oelke
Bürgermeister Dr. Wolfgang Junge
Bürgermeister Hans-Harald Harländer
Bürgermeisterin Antje Josten
AA-Mitglieder: Heiko Fahrenkrog (Vertreter für Rolf Stoltenberg)
Bert Hinrich Weisner

b) nicht stimmberechtigt

LVB Manfred Krumbeck
AR Schidlowski, Protokollführer

Es fehlte:

a) entschuldigt:

Grund:

b) unentschuldigt

Die Mitglieder des Amtsausschusses waren durch Einladung vom **16.09.2014** auf **Donnerstag**,
d. **25.09.2014** zu **19.00 Uhr** unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen worden. Tag, Zeit
und Ort der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekannt gegeben worden. Die
Vorsitzende stellte bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Ladungs-
frist Einwendungen nicht erhoben wurden. Der Amtsausschuss war nach der Anzahl der er-
schienenen Mitglieder beschlussfähig.

Tagesordnung

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Einwohnerfragestunde
3. Beteiligungsmöglichkeiten der Gemeinden an die Schleswig-Holstein Netz AG – Vorstellung durch einen Mitarbeiter der S-H-Netz AG
4. Genehmigung des Protokolls vom 10.06.2014
5. Beratung und Beschlussfassung über die Umsetzung der Integrierten Entwicklungsstrategie einschließlich Finanzierung für den Zeitraum 2015 - 2023
6. Beratung und Beschlussfassung über eine Stellungnahme zur Erhöhung des Kreisumlagesatzes ab 2015 nach § 28, Abs. 3 FAG
7. Ausbau der Breitbandversorgung im Amtsbereich – Weiteres Vorgehen
8. Berichte der Amtsvorsteherin und der Verwaltung
9. Verschiedenes
10. Personal- und Grundstücksangelegenheiten

Nach Vorlesung der Tagesordnung wurden folgende Einwendungen erhoben bzw. Ergänzungen und Dringlichkeitsanträge eingebracht: -/-

Die Verhandlungen fanden in öffentlicher Sitzung statt. Zum Tagesordnungspunkt 10 war die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

AVin Raabe begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt. Der TOP 10 wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit beraten.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen 1 Stimmenthaltung

2. Einwohnerfragestunde

Keine Wortmeldung!

3. Beteiligungsmöglichkeiten der Gemeinden an der Schl.-Holst. Netz AG

Unter diesem TOP referiert Herr Linke von der Schl.-Holst. Netz AG über die Beteiligungsmöglichkeiten der Gemeinden. Diese können Aktien zum Stückpreis von 4.122,29 € erwerben. Die Mindeststückzahl beträgt 25. Es wird eine Dividende von 5,13 % gezahlt. Die Finanzierung über ein I-Bank-Darlehen ist möglich. Die Dividende wird mit 15 % Kapitalertragssteuer belegt. Bis März 2015 erworbene Beteiligungen sind zunächst bis zum 15.03.2016 festgelegt. Über die ab April 2016 geltenden Konditionen wird im Laufe des kommenden Jahres entschieden, die Gemeinden werden rechtzeitig unterrichtet.

4. Genehmigung des Protokolls vom 10.06.2014

Das Protokoll der Sitzung des Amtsausschusses vom 10.06.2014 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen 1 Stimmenthaltung

5. Beratung und Beschlussfassung über die Umsetzung der Integrierten Entwicklungsstrategie einschließlich Finanzierung für den Zeitraum 2015 - 2023

Den Mitgliedern des Amtsausschusses liegt der Vermerk zur ELER-Projektförderung 2014-2023 über die AktivRegion Ostseeküste vor. AVin Raabe erläutert die wesentlichen Inhalte. Nach Beratung wird folgender Beschluss gefasst:

Der Amtsausschuss des Amtes Selent/Schlesien beschließt, als Teil der Gebietskulisse der LAG AktivRegion Ostseeküste im Rahmen der ELER-Förderung (2014-2023), die gemeinsam und von weiteren Akteuren erarbeitete Integrierte Entwicklungsstudie in der derzeitigen Fassung aktiv umzusetzen.

Zur Umsetzung der Strategie ist die Bereitstellung von öffentlichen KO-Finanzierungsmitteln für die Jahre 2015-2023 für das Betreiben der Lokalen Arbeitsgruppe insbesondere durch das Regionalmanagement erforderlich. Dazu beteiligen sich die Gemeinden mit einem Beitrag von 0,80 € je Einwohner und Jahr.

Zur Sicherung von möglichen Projekten in privater Trägerschaft und unter dem Vorbehalt, dass das Land Schleswig-Holstein Mittel in gleicher Höhe bereitstellt, beteiligen sich die Gemeinden mit einem Beitrag von 0,17 € je Einwohner und Jahr.

Für Projekte in eigener Trägerschaft bzw. mit eigener Beteiligung wird die erforderliche KO-Finanzierung gesondert bereitgestellt.

Die Zusagen stehen unter dem Vorbehalt eines jeweiligen notwendigen Haushaltsbeschlusses.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen

6. Beratung und Beschlussfassung über eine Stellungnahme zur Erhöhung des Kreisumlagesatzes ab 2015 nach § 28 Abs. 3 FAG

Die Kreisverwaltung Plön hat mit Schreiben vom 12.06.2014 um Abgabe einer Stellungnahme zur geplanten Erhöhung der Kreisumlage auf 36 % ab dem 01.01.2015 gebeten.

Ein entsprechender Vermerk der Verwaltung liegt dem Amtsausschuss zur Erläuterung vor.

Nach Beratung wird folgender Beschluss gefasst:

Der Amtsausschuss nimmt zur Kenntnis, dass die Haushaltslage des Kreises seit Jahren defizitär ist und dass der Kreis Plön die Voraussetzung erfüllt, dass das Land Schl.-Holst. eine Konsolidierungshilfe in Höhe von 1,77 Mio. € jährlich gewährt. In § 3 Abs. 3 des öffentlich-rechtlichen Vertrages hat sich der Kreis Plön gegenüber dem Land Schl.-Holst. verpflichtet, den Umlagesatz für die allgemeine Kreisumlage ab dem Jahr 2015 auf mindestens 35,86 festzusetzen.

Der Amtsausschuss stellt fest, dass eine Erhöhung des Umlagesatzes auf 36 % aufgrund des bereits abgeschlossenen Vertrages unumgänglich ist, um die entstandenen Defizite abzubauen.

Der Amtsausschuss fordert den Kreistag auf, weitere Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung zu ergreifen. Eine weitere Erhöhung der Kreisumlage – insbesondere auch im Hinblick auf die Änderung des kommunalen Finanzausgleiches – ist den Gemeinden finanziell nicht zuzumuten und wird abgelehnt. Insbesondere sollten die weiteren finanzwirtschaftlichen Entwicklungen (Auswirkung FAG-Reform, gestiegene Umlagegrundlagen, Entlastungen des Kreises im Bereich SGB XII – Grundsicherung und Eingliederungshilfe) abgewartet werden.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen 1 Nein-Stimme

7. Ausbau der Breitbandversorgung im Amtsbereich – weiteres Vorgehen

LVB Krumbeck berichtet über den Stand der Angelegenheit. Von den amtsangehörigen Gemeinden haben 3 den Beschluss zum Beitritt des zu gründenden Breitband-Zweckverbandes gefasst. Damit die Gründung des Verbandes zum 01.01.2015 erfolgen kann, sollten die Beschlüsse bis Ende Oktober gefasst werden.

Im Amtsbezirk Lütjenburg hat die Stadt Lütjenburg einen Beitritt abgelehnt, bei der Gemeinde Hohwacht ist es noch unklar. Die Gemeinden des Amtsbezirkes Probstei sind noch in der Findungsphase. Der Kreis Plön wirbt für einen Beitritt zum Zweckverband.

8. Berichte der Amtsvorsteherin und der Verwaltung

AVin Raabe berichtet über folgende Angelegenheiten:

- Schaltung des Anrufbeantworters in der Verwaltung über die „Mittagspause“
- Erneuerung der EDV-Verkabelung: Angebote von Firmen werden derzeit eingeholt
- Im Gebäude Amtsweg 3 wurden zwei Wohnungen renoviert.
- Die Neuvermietung der ehemals von der Post angemieteten Räume in der Amtsverwaltung gestaltet sich schwierig. Trotz Werbung bestehen keine Nachfragen.
- Am 09.10.2014 findet die nächste Schulkonferenz statt – u.a. Entscheidung über die Namensgebung.
- Die Verabschiedung des Schulhausmeisters findet am 29.09.2014 statt.
- In der Kreisverwaltung wurde die Prognose zur Entwicklung der Wohnbevölkerung bis 2030 vorgestellt.
- Der 3. Regional-Verkehrsplan steht zur Einsichtnahme zur Verfügung.
- Im Amtsbezirk sind zurzeit 25 Asylbewerber untergebracht. Ein Vermerk der Verwaltung zur Thematik wird verteilt.

AR Schidlowski berichtet, dass die Neufassung der GemHVO-Kameral die Veranschlagung von Abschreibungsbeträgen für die Gebäude und das Infrastrukturvermögen der

Gemeinden ab dem 01.01.2016 vorschreibt. Die Vermögenserfassung und –bewertung kann nur durch externe Unterstützung umgesetzt werden. Ein entsprechender Vermerk vom 25.09.2014 wird verteilt. Die Verwaltung wird zu den Haushaltsberatungen 2015 konkrete Kosten ermitteln.

LVB Krumbeck gibt bekannt, dass aktuell 352 Schüler an der Schule am Selenter See unterrichtet werden.

9. Verschiedenes

Auf Nachfrage von Bgm. Harländer wird vereinbart, dass die Gemeinden bei einer geplanten Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik kooperieren, um nach Möglichkeit günstigere Konditionen erzielen zu können.

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit:

10. Personal- und Grundstücksangelegenheiten

-Amtsvorsteherin-


-Protokollführer-